

Bernauer Memorandum

Stoppt die Entwicklung von Altersarmut! Bewahrt die Würde des Menschen!

Uns, am 16.11.2010 in der Stadthalle Bernau bei Berlin Versammelten, eint die Sorge und die Verantwortung um die weitere Gestaltung menschenwürdigen Lebens in diesem Deutschland. Im Jahr 2010, dem Jahr des Kampfes gegen Armut, stellen Sozialverbände fest, dass jeder fünfte Bürger im Osten Deutschlands von Armut bedroht ist, besonders Alleinerziehende, Kinder und Erwerbslose. Sind wir hier vor Ort betroffen? Von den 6,4 Millionen ALG II - Empfängern sind 6450 Barnimer Bürger. Die offizielle Arbeitslosenquote Brandenburgs lag im September bei 10,6 %, in Bernau bei Berlin, durch die Randlage zu Berlin bedingt, bei 6,8 %. 7,2 % aller Beschäftigten in Deutschland verdienen weniger als fünf EURO die Stunde. Der Durchschnittslohn in der gewerblichen Wirtschaft in Brandenburg liegt bei 1770 Euro, 77 % des Westniveaus. Damit wird nicht mal ein Rentenpunkt pro Versichertenjahr des Eckrentners für seine Rentenanwartschaft erreicht. Jeder Vierte ist vor seinem Eintritt in die Rente arbeitslos. Die meisten Arbeitnehmer sind bei Eintritt in den Ruhestand 63 Jahre alt. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Lebensjahre erhöht zwangsläufig die Gefahr von Altersarmut.

Betrachten wir die Reformen in der Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung, dann wird sichtbar, dass dem Prinzip der solidarischen Finanzierung stetig der Boden entzogen wird.

Was passiert aber, wenn sich die Lebensbedingungen im Osten Deutschlands weiter verschlechtern, Armut flächendeckend alltäglich wird? Armut in sich potenzierendem Maße. In den letzten 20 Jahren haben die Ostländer schon 1,7 Millionen ihrer Bevölkerung verloren. Bernau bei Berlin mag für eine solche Entwicklung nicht das signifikante Beispiel sein, jedoch liegen die Stadt und der Landkreis in dieser Welt.

Diese Gesamtentwicklung, in der die Lasten der Krisen sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden, gibt uns zu denken und lässt uns nicht in Ruhe. Angst vor Altersarmut erhöht nicht die Lebensspanne, Sorge um das Wohl unserer Kinder und Enkel, um eine lebenswerte Zukunft treibt uns um.

Wir fragen deshalb und verlangen überzeugende Antworten:

Ist Armut in Kindheit, Jugend, während des Erwerbslebens und im Alter vereinbar mit der absoluten Ewigkeitsklausel des GG Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Befreit das Sozialstaatsgebot des GG die Regierung und deren Interessenvertretung, als auch uns von dieser Achtungs- und Schutzfunktion?

Das verneinen wir entschieden und messen deshalb alles politische Tun an diesen grundlegenden Erfordernissen der Menschlichkeit. Einer Humanität welche unser Leben durchdringt und in eine friedvolle und menschenwürdige Zukunft weist.

Dies ist mit Konsequenz zu betreiben, angesichts des derzeitigen Regierungshandelns, welches die Menschen immer hemmungsloser nach ihrem ökonomischen Wert, weniger nach dem Achtungsgebot der Menschenwürde beurteilt. In der immer mehr Menschen aus dem wert- und würdeschöpfenden Leben, der Arbeit herausfallen, ohne das selbst beeinflussen zu können. Werden jene und auch wir zu Objekten der Politik degradiert oder zu Subjekten der gemeinsamen Gestaltung unseres Lebens?

Darum ist zu prüfen, welche Gleise der Entwicklung befahren werden, hin zu mehr Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit oder zu mehr Teilung, Abhängigkeit und

Unfreiheit! Wir unterstützen deshalb die Erklärung der Landesarmutskonferenz Brandenburg an die Bundesregierung und fordern sowohl die Bundesregierung, als auch die Landes- und Kommunalpolitik auf:

- Rücknahme der beschlossenen Einsparungen, die die Ärmsten treffen und Armut vertieft, denn Kampf gegen Armut ist Aufgabe des Sozialstaates!
- Wir fordern einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, der es den Menschen ermöglicht, dauerhaft und ohne staatliche Unterstützung leben zu können!
- Wir fordern die Neuberechnung und Anhebung des Regelsatzes für ALG II Empfänger, dessen Höhe auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und nicht verhindert, denn Arbeitslosigkeit ist eine Notlage.
- Wir fordern eine Grundrente, die Altersarmut ausschließt.
- Wir fordern eine sozial ausgestaltete Wohnungspolitik, die ein bezahlbares und würdevolles Wohnen ermöglicht!
- Wir fordern die gesellschaftliche Anstrengung zur Stärkung von Bildung für Kinder, unabhängig vom sozialen Status der Eltern. Familien, Kinder und Jugendliche brauchen alle Chancen für gesellschaftliche Teilhabe, brauchen bestmögliche Förderung, um ihrer und unserer Zukunft willen!
- Wir fordern die Sanierung der Staats-, Landes- und Kommunalhaushalte, als Quelle und Grundlage für die Verwirklichung sozialer Verantwortung. Bankenabgabe, Anhebung der Spitzensteuersätze, Finanzmarktkontrolle usw. sind dabei Eckpfeiler der Konsolidierung.
- Der grundgesetzliche Auftrag des Sozialstaates ist der Schutz der Würde des Menschen. Das Sozialstaatsgebot des GG ist unseres Erachtens kein Instrument der Aushöhlung des Würdeinhaltes sondern vielmehr das der Ausgestaltung und weiteren Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

Unsere heutige Veranstaltung dient der Klarstellung unserer Standpunkte. Sie dienen uns als Haltelinien in der Bewertung des Strebens aller Politik. Nicht als Bitte, sondern als Forderung, als Charakterisierung unseres eigenen Wollens, welches wir nicht zur Disposition stellen.

Bernau bei Berlin, am 16.11.2010